



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



05.07.2012

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

ACTA im Europäischen Parlament abgelehnt

Anti-Counterfeiting Trade Agreement - dahinter versteckt sich schlicht die Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie. Ein wichtiges Thema - vor allem in Zeiten in denen das Internet immer stärkere Bedeutung erlangt brauchen wir Regeln, die die Fragen des Umgangs mit dem Urheberrecht klären. ACTA wurde im Schnellverfahren ins Plenum geschickt und ist nun gescheitert. Wir, die EVP-Fraktion wollten die Stellungnahme des Europäischen Gerichtshofs abwarten, bevor das Parlament endgültig über das Abkommen abstimmen sollte, konnten uns jedoch nicht durchsetzen. Weil dieses Gesetz so wichtig ist und die offenen Fragen zu Urheberrecht, aber auch Datenschutz geklärt werden müssen, habe ich mich enthalten.

Die Front der Gegner war gut organisiert: ich habe in den letzten Wochen über 1500 E-Mails der ACTA-Gegner erhalten. Gegen ACTA zu stimmen, bringt

uns jedoch auch nicht weiter, wir brauchen Regeln und können nicht einfach hinnehmen, dass jährlich mehrere 10.000 Jobs in Gefahr gebracht werden, gefälschte Produkte häufig nicht europäischen Standards entsprechen und sowohl Deutschland als auch Europa einen Schaden in Milliardenhöhe erleiden. Ziel muss nun eine zügige Neuregelung gegen Produkt- und Markenpiraterie sein, die Rechtssicherheit schafft und Probleme sicher beseitigt. Nur so können legitime datenschutzrechtliche Bedenken mit wirtschaftlichen Interessen sinnvoll miteinander in Einklang gebracht werden.

Mehr Sicherheit durch neue Fahrtschreiber

Übermüdete Berufskraftfahrer die von ihren Verkehrsunternehmen dazu gedrängt werden ihre Lenk- und Ruhezeiten nicht einzuhalten sollen zukünftig der Vergangenheit angehören. Mit der Anpassung der Fahrtschreiber-Verordnung wurden technische Maßnahmen für die Geräte wie detaillierte Anweisungen

für den Gebrauch, die Typengenehmigung oder Installation bestimmt, die eine Manipulation verhindern sollen. Stichproben bestätigten, dass fast 10% aller kontrollierten LKW-Fahrer gegen die Regeln verstießen. Jeder vierte Regelbrecher hatte sogar seinen Fahrtschreiber manipuliert. Gegenwärtig werden von den etwa 900.000 Verkehrsunternehmen und 6 Mio. Fahrern in der EU zwei Arten von Fahrtschreibern verwendet: der digitale Fahrtschreiber musste seit Mai 2006 in allen neu zugelassenen Fahrzeugen eingebaut werden, in älteren Kraftfahrzeugen ist der analoge Fahrtschreiber noch immer im Einsatz.

Kleine und mittlere Unternehmen deren Haupttätigkeit nicht der Transport ist, werden von der Verordnung ausgenommen. Der Freistellungsradius erweitert sich für sie von bisher 50 km auf EU-weit 100 km. Diese Ausnahmeregelung ist vor allem für handwerkliche Betriebe auf dem Land von existenzieller Bedeutung. Diese verbindliche Regelung schafft außerdem EU-weit Klarheit: bisher

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



05.07.2012

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

konnten die Mitgliedstaaten über die genaue Definition der Ausnahmeregelung nämlich selbst entscheiden.

Betrug mit EU-Geldern: Vorreiter Kalabrien

Die Europäische Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF deckt Betrug mit EU-Geldern in Höhe von 389 Millionen Euro allein im süditalienischen Kalabrien auf. Diese Mittel fließen dort zu Unrecht in den Straßenbau.

Insgesamt konnten durch Untersuchungen des OLAF 691 Mio. EUR der in der gesamten EU fälschlich ausgegebenen Mittel wieder eingezogen werden. Von den Gerichten der Mitgliedstaaten wurden Haftstrafen in einer Gesamthöhe von 511 Jahren verhängt. Der Löwenanteil der Rückforderungen stammt aus dem Bereich der Strukturfonds (524,7 Mio. EUR), gefolgt vom Zollbereich (113,7 Mio. EUR) und der Landwirtschaft (34. Mio. EUR). Ich bin Berichterstatteerin für die Finanzregeln der Europäischen Union. Bei den Verhandlungen mit Rat und Kommission habe ich mich dafür eingesetzt,

dass Staaten die ihre Mittel gut und richtig verwalten weniger Vorschriften bekommen als diejenigen die ihre Mittel schlechter verwalten. Unterlegt werden sollte das Ganze mit einem Bonussystem. Schluss mit dem "Eins für alle" - wir müssen den Mut haben, unterschiedliche Staaten unterschiedlich zu behandeln. Dafür gab es jetzt bei den Mitgliedstaaten leider wieder keine Mehrheit. Aber ich werde weiter dafür kämpfen.

Tierschutz: Bessere Überwachung nötig

Gesetze für den Tierschutz bestehen europaweit - allerdings hapert es in einigen Mitgliedstaaten an der Umsetzung oder daran, dass die Regeln nicht kohärent sind. Das soll sich ändern: in der Abstimmung über die Tierschutzstrategie 2012 bis 2015 fordern die Abgeordneten die Mitgliedstaaten zu einer fristgerechten Umsetzung der bestehenden Vorschriften auf, die Kommission soll dies zentral überwachen. Einige Mitgliedstaaten haben die EU-Vorgaben zum Schutz von Legehennen noch nicht in nationales

Recht umgesetzt. Hier muss die Kommission den Druck deutlich erhöhen. Es kann nicht sein, dass Deutschland die Vorgaben fristgerecht umsetzt und damit von einem Eierexportland zu einem Importland wird.

Zypern übernimmt Ratspräsidentschaft

Jedes halbe Jahr geben sich die Mitgliedstaaten die Klinke in die Hand: vom 1. Juli an haben die Zyprioten die Ratspräsidentschaft für 6 Monate inne, darauf folgt Irland. Die Republik Zypern mit nicht einmal einer Million Einwohnern ist das erste Land, das den EU-Vorsitz führt und sich gleichzeitig unter der Obhut des Rettungsschirms befindet. Das bedeutet auch, dass sie es nicht leicht haben werden.

Besuch aus der Heimat im EU-Parlament

Das Hohenlohe-Gymnasium Öhringen, das Katholische Gymnasium St. Gertrudis Ellwangen und die Deutsch-Orden-Schule Lauchheim waren zu Gast in Straßburg.

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu